

Antrag

der Abgeordneten Peter Meiwald, Dr. Valerie Wilms, Lisa Paus, Christian Kühn (Tübingen), Dr. Julia Verlinden, Annalena Baerbock, Bärbel Höhn, Sylvia Kotting-Uhl, Oliver Krischer, Steffi Lemke, Katharina Dröge, Harald Ebner, Matthias Gastel, Kai Gehring, Dieter Janecek, Uwe Kekeritz, Stephan Kühn (Dresden), Nicole Maisch, Friedrich Ostendorff, Markus Tressel und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Ressourcenverschwendung stoppen – Nationales Ressourceneffizienzprogramm zukunftsfähig ausgestalten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Das Bundeskabinett hat im Jahr 2012 das Deutsche Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess) beschlossen. Ziel des Programmes ist es, die Entnahme und Nutzung natürlicher Ressourcen so zu gestalten, dass die damit verbundenen Umweltbelastungen so weit wie möglich reduziert werden. ProgRess enthält richtige Analysen bezüglich des verschwenderischen Ressourcenverbrauchs und dessen negativer Umweltfolgen, aber bisher keine ausreichenden Maßnahmen dafür, den Ressourcenverbrauch insgesamt zu drosseln, zu einer richtigen Kreislaufwirtschaft zu kommen und eine Lebens- und Wirtschaftsweise zu entwickeln, die über ein gesteigertes Bruttoinlandsprodukt hinaus zielt. ProgRess betrachtet derzeit ausschließlich mineralische Rohstoffe und fossile Energieträger. Eine Ausweitung des Programmes auf die Themen Flächenverbrauch, saubere Luft, Wasser, Böden, Klimaschutz, Erhalt der Biodiversität und Verringerung der Lebensmittelverschwendung zu reduzieren ist unerlässlich, um umfassende Lösungen gegen Ressourcenverschwendung zu finden.

Die Bundesregierung hat 2012 beschlossen, ProgRess alle vier Jahre fortzuschreiben. Der Bundestag hat zudem um vierjährige Berichte hierzu gebeten. Zur Erstellung des fortgeschriebenen Programms zum Jahr 2016 (ProgRess II) wurde eine Bürgerbeteiligung durchgeführt. Der daraus resultierende sogenannte „Bürgerratschlag“¹ formuliert Forderungen aus der Zivilgesellschaft an die Fortschreibung von ProgRess II. Der Bundestag begrüßt es, dass diese Form der Beteiligung der Zivilgesellschaft erprobt und weiterentwickelt wird, und fordert die Bundesregierung auf, die im Bürgerratschlag erarbeiteten Vorschläge sorgfältig zu prüfen und gegenüber dem Umweltausschuss des Bundestags hierzu Stellung zu nehmen. Dieser Antrag fordert die Bundesregierung dazu auf, die Fortschreibung von ProgRess vor dem

¹ http://www.bmub.bund.de/fileadmin/Daten_BMU/Download_PDF/Ressourceneffizienz/gespraechstoff_buergerratschlag_bf.pdf.

Hintergrund des Bürgerratschlags zu überarbeiten, und ergänzt den Antrag „Nachhaltige und gerechte Rohstoffpolitik – Innovationsstrategie für die Wirtschaft“ (Bundestagsdrucksache 17/13568).

Die Senkung unseres Ressourcenverbrauchs insgesamt erfordert eine Kombination und Bündelung eines großen Spektrums von Maßnahmen und Instrumenten, da kein einzelner Ansatz allein der Herausforderung gerecht werden kann. Der vorliegende Entwurf von ProgRess II spart insbesondere den Bereich der wirtschaftlichen Instrumente praktisch vollständig aus, obwohl neben unseren natürlichen Lebensgrundlagen auch die Wirtschaft von Effizienzvorsprüngen profitieren würde. Die Bürgerbeteiligung zu ProgRess II bestätigt und weitere aktuelle Verbrauchenumfragen² belegen, dass wirtschaftliche Instrumente für mehr Ressourcenschutz von einer großen Mehrheit der Menschen in unserem Land befürwortet werden. Diese Akzeptanz muss in wirksamen Maßnahmen genutzt werden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- 1) den absoluten Ressourcenverbrauch in Deutschland signifikant zu reduzieren und verbindliche Maßnahmen und Ziele zu entwickeln, die in der Zukunft ein Leben innerhalb planetarer Grenzen ermöglichen, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen zu stoppen und den Gedanken einer Kreislaufwirtschaft endlich mit Nachdruck zu verwirklichen;
- 2) hierfür die Empfehlungen aus dem Bürgerratschlag in den Entwurf von ProgRess II umfassend aufzunehmen. Dieses betrifft insbesondere folgende bisher vom Umweltministerium nicht oder nicht ausreichend aufgegriffenen Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger:
 - Primärrohstoffsteuer erheben,
 - Einsatz von Plastiktüten drastisch reduzieren,
 - ressourcenschonender verpacken und Einwegverpackungen reduzieren,
 - geplanten Verschleiß von Produkten bekämpfen³,
 - öffentliche Verkehrsmittel und Car-Sharing fördern;
- 3) durch die Verabschiedung eines Ressourceneffizienz- und Ressourcenschutzgesetzes den konzeptionellen Rahmen, die Ziele der Anstrengungen zur Ressourceneffizienz und die Grundsätze des Ressourcenschutzes rechtlich zu verankern⁴;
- 4) ökonomische Instrumente für mehr Ressourcenschutz einzusetzen, u. a. durch Ressourcenabgaben für Verpackungen und Produkte basierend auf den ökologischen und sozialen (Folge-)Kosten der Gewinnung der enthaltenen Rohstoffe, und die Einnahmen zweckgebunden und gruppennützig für Ressourceneffizienzmaßnahmen zu nutzen, damit diese Abgaben konsequent als ökologisch orientierter Innovationsanreiz wirken;
- 5) in der öffentlichen Beschaffung die vorliegenden Beschlüsse zur Berücksichtigung von Ressourcengesichtspunkten⁵ unverzüglich umzusetzen und diese durch die Arbeit in der Bund-Länder-„Allianz für nachhaltige Beschaffung“ auch für Länder und Kommunen umsetzbar zu machen sowie verbindliche Vor-

² z. B. „Flash Eurobarometer 367“ der Europäischen Kommission oder „Global Green Index“ der GfK

³ hierzu wäre u. a. eine konsequente Umsetzung des Beschlusses der Verbraucherministerkonferenz vom 8.5.2015 sinnvoll

⁴ vgl. UBA (Umweltbundesamt) (2015): „Elemente einer erfolgreichen Ressourcenschonungspolitik“, S.17

⁵ z. B. Beschluss des Bundestages zu ProgRess vom 6. März 2012, Bundestagsdrucksache 17/8875

- gaben für den Einsatz von zertifizierten Recyclingprodukten für Vergabeverfahren in der öffentlichen Beschaffung des Bundes festzulegen, bei denen dies möglich ist;
- 6) Ressourceneffizienzprojekten entsprechend ihrem Beitrag zum Klimaschutz in der nationalen Klimainitiative und in der Internationalen Klimainitiative (IKI) einen hohen Stellenwert einzuräumen;
 - 7) Ressourceneffizienz zu einem wichtigen Gegenstand der deutschen Präsidentschaft der G20 im Jahr 2017 zu machen und für eine Selbstverpflichtung auf nationale Programme sowie für verbindliche gemeinsame Ziele einzutreten;
 - 8) gemeinsam mit weiteren interessierten Ländern eine Initiative für eine UN-Ressourcenschutzkonvention zu ergreifen;
 - 9) bei der nationalen Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele (SDG) und der damit verbundenen Fortentwicklung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie Ressourceneffizienz als wichtiges Einzel- und als Querschnittsthema zu berücksichtigen;
 - 10) bei der Fortschreibung von ProgRes eine nachhaltige und global gerechte Rohstoffpolitik umzusetzen.

Berlin, den 15. Dezember 2015

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die natürlichen Ressourcen bilden die essentielle Grundlage allen menschlichen Lebens und Wirtschaftens. Ihr Verbrauch steigt weltweit kontinuierlich. So verdoppelte sich der Verbrauch von Primärrohstoffen in den letzten 30 Jahren auf 68 Mrd. t⁶. Im Jahr 2050 wird die auf bis zu 10 Mrd. Menschen wachsende Weltbevölkerung laut dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen über 140 Mrd. t Mineralien, Erze, fossile Brennstoffe und Biomasse jährlich verbrauchen, wenn die heute bevorzugten Wirtschaftsmodelle und Konsummuster beibehalten werden⁷.

Dieses Tempo des Ressourcenverbrauchs und die Intensität der Eingriffe, mit denen Rohstoffe heute gewonnen werden, belasten die Ökosysteme weltweit zunehmend. Doch die Grenzen der ökologischen Tragfähigkeit der Erde, welche anhand des Ressourcenverbrauchs weltweit besonders deutlich sichtbar sind, müssen respektiert werden, wenn wir uns nicht selbst unsere Lebensgrundlagen entziehen wollen⁸.

Ressourcenpolitik ist auch eine Innovationsstrategie für die deutsche Wirtschaft. Sie macht deutsche Unternehmen unabhängiger von Rohstoffimporten und zum weltweiten Vorreiter bei Recycling- und Effizienz-Technologien im Rohstoffsektor. Die deutsche Umwelttechnologie ist schon heute ein großer Exportschlager – mit viel Potenzial für die Zukunft. Wenn wir es schaffen, knappe Rohstoffe weniger zu verwenden, wiederzuverwenden und durch andere Materialien zu ersetzen, bringen wir Rohstoffsicherheit, Wettbewerbsfähigkeit und Nachhaltigkeit in Einklang.

⁶ UBA (Umweltbundesamt) (2015): „Elemente einer erfolgreichen Ressourcenschonungspolitik“

⁷ UNEP (United Nations Environment Programme) (2011): “Decoupling natural resource use and environmental impacts from economic growth”

⁸ vgl. Bundestagsdrucksache 17/13300 (Schlussbericht der Enquete-Kommission „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“)

